



Beschlussbuch 2010

Ordentlicher Landesparteitag

am 9. Oktober 2010

in Dessau-Roßlau

Beschlüsse des Landesvorstands

zu den vom ordentlichen Landesparteitag

am 09. Oktober 2011 in Dessau-Roßlau

überwiesenen Anträgen

Außerordentlicher Landesparteitag

am 12. Dezember 2010

in Magdeburg

Fassung: 2. Mai 2011

Anmerkung:

Dieses Beschlussbuch enthält die Beschlüsse des ordentlichen Landesparteitags am 9. Oktober 2010, die Beschlüsse des Landesvorstandes zu den vom ordentlichen Landesparteitag an den Landesvorstand überwiesenen Anträgen sowie die Beschlüsse des außerordentlichen Landesparteitags vom 12. Dezember 2010 in Magdeburg.

Die an den SPD-Landesvorstand überwiesenen und von ihm beschlossenen Anträge sind durch die Formulierung „Der SPD Landesvorstand hat beschlossen.“ gekennzeichnet.

Abkürzungen:

AfA	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
AfB	Arbeitsgemeinschaft für Bildung
AGS	Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen
AG 60+	Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren
a.o. LPT	außerordentlicher SPD-Landesparteitag
AK	Arbeitskreis
ASJ	Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen u. Juristen
BTF	SPD-Bundestagsfraktion
FA	Fachausschuss
Lavo	SPD-Landesvorstand
LTF	SPD-Landtagsfraktion
SGK	Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik

Redaktionelle Bearbeitung:

Dr. Mario Kremling, Landesgeschäftsführer
Martin Berlin, Assistent Landesgeschäftsstelle

SPD-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt
Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg

Tel.: 0391-536560

Fax.: 0391-5365610

E-Mail: info@spd-sachsen-anhalt.de

Inhaltsverzeichnis:

A: Bildungspolitik.....	5
A 1: Patenschaftsprojekt in der Sekundarstufe I einführen	5
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	5
A 2: Schülerbegehren ermöglichen	5
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	5
A 3: Bildung besser machen.....	5
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	5
A 4: Bildungsföderalismus gehört der Vergangenheit an	7
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	7
A 5: Vereinheitlichung der Bewerbungs- und Zulassungsfristen für die Bachelor- und Masterstudiengänge.....	7
A 7: Einheitliche Schulabschlüsse	7
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	7
A 8: Gemeinsamer Unterricht für Religion und Ethik.....	8
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	8
B: Wirtschafts- und Energiepolitik.....	9
B 1: Einführung von Energiemanagementsystemen in Kommunen	9
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	9
B 2: Förderung erneuerbarer Energien.....	9
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	9
B 3: Schaffung einer unabhängigen Landesenergieagentur – Für die Verbraucher in Sachsen-Anhalt.....	9
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	9
B 4: Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Arneburg	10
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	10
C: Arbeitsmarktpolitik	11
C 1: Beruflich Bildung sichern, stärken und zukunftsfähig gestalten	11
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	11
C 2: Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub.....	13
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	13
C 3: Änderung des Gesetzes zur Leiharbeit	13
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	13
C 4: Einführung eines Tariftreuegesetzes.....	13
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	13
D: Sozialpolitik.....	15
D 1: SPD gegen Elterngeld-Kürzungen	15
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	15
D 2: Betreuungsschlüssel für Erzieher/innen	15
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	15
D 3: Studien zur Sprachstandsfeststellung	15
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	15
D 5: Nein zum Betreuungsgeld von Schwarz-Gelb, Ja zu mehr.....	16
frühkindlicher Bildung	16
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	16
D 6: Kostenloses KiTa-Jahr	16
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	16
D 7: Armut und soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen!	16
Beschlussnummer: Lavo-11-13-01	16
D 8: Änderung Unterhaltsvorschussgesetz.....	17

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	17
E: Innen- und Rechtspolitik	18
E 1: Übernahme des Brandenburger Modells im Kampf gegen Rechtsextremismus	18
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	18
E 2: Verfassungstreue Schornsteinfeger	18
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	18
E 4: Ausweitung des Landtagswahlrechts	18
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	18
E 5: Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne gegen Homophobie	18
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	18
E 7: Elektronischer Rechtsverkehr	19
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	19
E 9: Ausbildungsstop in der Landesverwaltung aufzuheben	19
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	19
E 10: Antrag zur Einleitung eines Verbotsverfahren gegen kriminelle Motorrad- Rockerbanden.....	20
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	20
F: Städtebau-, Umwelt- und Verkehrspolitik	21
F 1: Schluss mit Prestigeprojekten bei der Deutschen Bahn AG –Investitionen in den Personennahverkehr fordern und fördern.....	21
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	21
F 2: Stärkere Nutzung der Grünpfeilregelung	21
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	21
F 3: Wiedereinrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle Mobilität beim BMELV	22
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	22
F 4: Rufbussystem	22
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	22
F 5: Die Elbe als Wasserstraße.....	22
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	22
F 6: Zukunftsfähige Elbe	22
Beschlusnummer: LPT-2010-02-02	22
F 7: Städtebaulichen Gestaltungsspielraum schaffen	23
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	23
F 8: Keine europaweite Giftmüllentsorgung in Sachsen-Anhalt	23
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	23
G: Organisationspolitik.....	24
G 2: Regeln für Antragskommissionen.....	24
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	24
G 4: Benennung einer/eines MdEP-SPD-Betreuerin/Betreuers für Sachsen-Anhalt..	24
Beschlusnummer: Lavo-11-13-01	24
I: Initiativanträge, 19.12.2010 Magdeburg	25
I 1: Für echte Mindestlöhne!.....	25
Beschlusnummer: LPT-2010-02-03	25
I: Initiativanträge, 09.10.2010 Dessau-Rosslau	26
I 1: Laufzeitverlängerungen stoppen – Forschung und Wirtschaft im Energieland Sachsen-Anhalt stärken!	26
I 3: Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung.....	27
I 4: Paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung.....	27
wiederherstellen	27

A: Bildungspolitik

A 1: Patenschaftsprojekt in der Sekundarstufe I einführen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme und Weiterleitung an die LTF

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass zukünftig in der Sekundarstufe I ein Patenschaftsprojekt eingeführt wird.

Zum Zweck ebenjenes Projektes erhalten interessierte SchülerInnen der älteren Jahrgangsstufen der weiterführenden Schulen die Patenschaft für die jeweils erste Klassenstufe der jeweiligen Schule.

Im Rahmen des Projektes sollen die vier bis fünf Schüler, die je eine Klasse betreuen vor allem als Ansprechpartner bei Eingewöhnungsproblemen in der neuen Schulumgebung dienen.

Das Projekt endet mit dem Ende des ersten Schuljahres der Sekundarstufe I und ist auf den Zeugnissen der Paten zu vermerken.

A 2: Schülerbegehren ermöglichen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme und Weiterleitung an die LTF

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass in den Schulen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zukünftig ab der Sekundarstufe I Schülerbegehren möglich sind. Themen, über die im Rahmen eines Schülerbegehrens abgestimmt werden soll, müssen zuerst bei der Schülervvertretung eingereicht werden. Wird der Antrag durch die Mehrheit der Schülervvertretung nicht unterstützt, hat aber die durch Unterschrift angezeigte Unterstützung für mindestens zwei Prozent der Schülerschaft erreicht, so ist ein Schülerbegehren legitimiert und muss durchgeführt werden. Über den Abstimmungszeitraum verfügt die Schülervvertretung und setzt die Schulleitung über diesen in Kenntnis. Ein Schülerbegehren ist erfolgreich, wenn, wie auch bei Volksentscheiden in Sachsen-Anhalt, mindestens 20 % der abstimmungsberechtigten Schüler ihre Stimme abgegeben haben und eine absolute Mehrheit erreicht wurde. Nach Beschluss per Schülerbegehren muss der Antrag durch die Gesamtkonferenz der Schule behandelt werden.

A 3: Bildung besser machen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an die AfB

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, gleiche Bildungschancen in einem föderalen System durch bundesweite einheitliche Mindeststandards zu verwirklichen, um allen gleiche Startchancen und Bedingungen zu ermöglichen. Wir bleiben bei unserer grundsätzlichen Forderung, dass Bildung Bundessache werden muss, da die unterschiedlichen Bildungssysteme der Bundesländer den insgesamt notwendigen Veränderungsprozess vor zusätzliche große Herausforderungen stellen. Eine bundesweit einheitliche Ausrichtung des Bildungswesens ist unter der Bedingung föderaler Strukturen

nur sehr schwer erreichbar. Andererseits gibt es in vielen Bundesländern und Kommunen bereits viele beispielhafte Projekte die zeigen, wie die derzeitige Misere zu beenden wäre. Dies wollen wir unterstützen und vorantreiben, da durch die Förderalismusreform I keine politischen Mehrheiten für eine Rückgängigmachung in Sicht ist (Kultusminister, Bundestag, Bundesrat). Für uns ist daher entscheidend, dass sich die Kultusministerien auf eine Gesamtkonzeption verständigen, die auf dem echten Willen zur Herstellung gleicher Bildungschancen in Deutschland beruht. Dies kann auch über bundesweite einheitliche Mindeststandards geschehen. Um gleiche Chancen auf Bildung für alle jungen Menschen zu schaffen, sind gleiche Startbedingungen unverzichtbar.

Dies setzt bedarfsgerechte Kapazitäten und einen freien Zugang zu allen Bildungsebenen (Kinderkrippe, Kindergarten, Vorschule, Schule, Hochschule) voraus. Für die Schaffung gleicher Bildungschancen ist die Gesamtbetrachtung der Bildungsbiographie notwendig. Ergänzend und notwendig bleibt dabei die individuelle altersgerechte Betreuung durch qualifiziertes Personal und kostenlose Lehr- und Lernmittel.

Die vorschulische Bildung ist in den ersten 3 Lebensjahren sehr stark gekoppelt an die elterliche Erziehung. Daher müssen alle Erziehungsberechtigten sich auf ein gutes und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für ihre Kinder verlassen können. Diese Betreuung darf nicht abhängig vom jeweiligen Geldbeutel sein. Alle Eltern bleiben aber auch in der erzieherischen Pflicht, da kein System den Erziehungsauftrag der Eltern ersetzen kann und soll. Wir fordern eine Elternqualifikation nach finnischem Vorbild, in der Eltern gezielt auf die ihnen bevorstehenden Herausforderungen der Kindererziehung vorbereitet werden. Als Anreiz, diese Kurse auch anzunehmen, könnte man eine Willkommensbox mit Materialien verschenken, die für die ersten Wochen und Monate hilfreich sind. Dieses Modell wird in Nordrhein-Westfalen in einigen Gebieten schon erfolgreich durchgeführt.

Bei der Betreuung und in der frühkindlichen (vorschulischen) Bildung muss die natürliche Entwicklung des Kindes im Vordergrund stehen: Kinder sollen Kinder bleiben. Dadurch soll die individuelle Betreuung des Kindes, die individuelle Spracherziehung, das spielerische altersgerechte Lernen und das spielerische Erlangen von sozialen Kompetenzen bereits frühzeitig ermöglicht werden.

Dabei muss die Integration von Migranten wie auch die Integration von Behinderten, abhängig vom Grad der Behinderung, im vollen Umfang gewährleistet sein! Auch hier gilt unser Grundsatz: „Jeder kommt mit, wir lassen keinen zurück“ Deshalb müssen die Kinderkrippen und Kindergärten altersgerecht mit entsprechenden Räumlichkeiten und Einrichtungsgegenständen ausgestattet sein. Wir fordern eine Kindergartenpflicht ab dem 3. Lebensjahr. Dabei ist die Zuteilung von Plätzen individuell mit den Eltern abzustimmen. Die Kindergartenpflicht entbindet die Erziehungsberechtigten nicht von ihrer erzieherischen Verantwortung, sondern dient dem Ziel, dass alle Kinder mit den gleichen Voraussetzungen in die Schulpflicht starten.

Wir fordern die Aufhebung der Selektierung im deutschen Schulsystem. Sie stellt das größte Hemmnis in der Entwicklung und Förderung der Kinder und Jugendlichen dar. Ganztägige Gemeinschaftsschulen bieten gute Chancen die Selektion abzuschaffen und die Durchlässigkeit nach oben zu erhöhen. In den ersten fünf Schuljahren sind am Nachmittag spezielle Lerneinheiten der individuellen Förderung vorbehalten. Ab der 7. Klasse sind regelmäßige Berufs- und Studienberatungen vorgesehen. Das dient der frühzeitigen Information von SchülerInnen über die jeweiligen Ausbildungsmöglichkeiten in der Region und im Bundesgebiet insgesamt. Des Weiteren sollen zur Unterstützung der Berufswahl ab der 7. Klasse Betriebspraktika – zweimal 4 Wochen pro Schuljahr – eingeführt werden. In der Studienberatung sollen Anforderungen im Studium und Berufschancen nach einem erfolgreichen Abschluss aufgezeigt werden. Verbunden mit den Berufsberatungen sollen die SchülerInnen mit gezieltem Bewerbungstraining auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet werden. Wir lehnen jedwede Art von Selektierung in der Schule bis zur Erlangung der mittleren Reife ab. Dazu muss jeder Bildungsabschluss eine Weiterbildungsoption eröffnen (Durchlässigkeit). Wir sprechen uns uneingeschränkt gegen Studiengebühren aus. Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem innerhalb der deutschen Hochschulen, sondern verschärfen die Krise des gesamten Bildungssystems.

Des Weiteren muss die moderne fach- und sachgerechte Ausstattung von Bildungseinrichtungen gewährleistet sowie die kontinuierliche Weiterqualifizierung der pädagogischen Fachkraft verpflichtend eingeführt werden.

A 4: Bildungsföderalismus gehört der Vergangenheit an

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an BTF, LTF, AfB, FA Wissenschaft

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich für die Abschaffung des Bildungsföderalismus zugunsten einer über alle Bundesländer besser koordinierten und auf die Bedürfnisse aller Kinder, Schüler und Studenten angepassten kostenfreien Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule/Universität hin, einzusetzen.

A 5: Vereinheitlichung der Bewerbungs- und Zulassungsfristen für die Bachelor- und Masterstudiengänge

Beschlusnummer: LPT-2010-02-01

Beschluss (a.o. LPT): Annahme und Weiterleitung an BTF, LTF, AfB und FA Wissenschaft

Die SPD Sachsen-Anhalt, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und die Hochschulrektorenkonferenz werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Fristen für Bachelor/Master-bewerbungen und Bachelor/Masterzulassungen vereinheitlicht werden.

Dabei darf aber für die Zulassung eine abgegebene Bachelorarbeit kein Kriterium sein, da auch für die Anmeldung und Einreichung der Bachelorarbeiten jeder Studiengang eigene Regeln hat. Und wenn durch den Bologna-Prozess ein schnelleres Studium ermöglicht werden soll, dann dürfen nachgereichte Abschlussarbeiten keine Hürde für ein Masterstudium darstellen.

A 7: Einheitliche Schulabschlüsse

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich in allen Ihr zur Verfügung stehenden Gremien für einen Bundesweit einheitlichen Schulabschluss ein, wie zum Beispiel Abitur, Mittlere Reife und Hauptschulabschluss. Langfristig setzt sich die SPD Sachsen Anhalt für ein einheitliches Schulsystem in allen Bundesländern ein.

A 8: Gemeinsamer Unterricht für Religion und Ethik

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme und Weiterleitung an LTF und AfB

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt werden aufgefordert, auf die Einführung eines gemeinsamen Unterrichtsfaches für Religion und Ethik mit dem Ziel der gemeinsamen allgemein bildenden Wissensvermittlung in punkto religiöse und säkulare Überzeugungen und Weltansichten sowie der Herstellung eines darauf bezogenen wechselseitigen Verständnisses und Diskurses hinzuwirken.

B: Wirtschafts- und Energiepolitik

B 1: Einführung von Energiemanagementsystemen in Kommunen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an SGK, FA Energie und FA Inneres

Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung eine rechtliche Regelung erarbeitet, die die Einführung von systematischen Energiemanagement-Ansätzen in Kommunen mit dem Mindeststatus, Grundzentrum' vorsieht.

Es sollte mittelfristig Ziel sein, in Sachsen-Anhalt kommunales Energiemanagement verpflichtend einzuführen, mit Ziel Energiekosten zu senken, aber auch um einen kommunalen Beitrag zur Energieeffizienz sowie zum Umwelt- und Klimaschutz leisten.

B 2: Förderung erneuerbarer Energien

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an FA Energie

Sachsen-Anhalt soll ein eigenes, staatliches Innovationsprogramm zur Förderung von erneuerbaren Energien auflegen.

B 3: Schaffung einer unabhängigen Landesenergieagentur – Für die Verbraucher in Sachsen-Anhalt

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich für die Einrichtung einer unabhängigen Landesenergieagentur aus und fordert die SPD-Landtagsfraktion sowie den Spitzenkandidaten auf, diesem Anliegen sowohl während des Landtagswahlkampfes als auch im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen Rechnung zu tragen.

Die Landesenergieagentur soll als unabhängige Institution in den Bereichen energieeffizientes Bauen und Sanieren sowie erneuerbare Energien eine koordinierende Funktion einnehmen. Hierdurch soll sie einerseits die Verbraucher bezüglich Energieeinsparung- und -effizienz beraten und diese mit Anbietern zusammenführen.

Darüber hinaus soll die Landesenergieagentur der Landesregierung und dem Parlament in beratender Funktion bei allen energiepolitischen Fragen zur Seite stehen.

B 4: Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Arneburg

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Arneburg aus.

C: Arbeitsmarktpolitik

C 1: Beruflich Bildung sichern, stärken und zukunftsfähig gestalten

Beschlussnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an Gewerkschaftsrat und AGS mit der Bitte um einen gemeinsamen Vorschlag.

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass die duale berufliche Bildung gesichert, gestärkt und zukunftsfähig gestaltet wird. Die Innovations- und Produktionsstärke in Deutschland ansässiger Unternehmen basiert nicht zuletzt auf einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft. Gerade in Zeiten des immer schneller werdenden technologischen Wandels kommt der Qualität der beruflichen Erstausbildung eine immer bedeutendere Rolle zu, ermöglicht sie doch Zukunftschancen sowie Teilhabe von jungen Menschen. Gleichzeitig sichert sie die Qualität und Innovationsfähigkeit von Belegschaften. Grundstein hierfür ist das duale Ausbildungssystem mit den Lernorten Betrieb und Schule, welches sich durch die hohe Prozess- und Handlungsorientierung auszeichnet und so erst den Startschuss für Lebenslanges Lernen ermöglicht.

Angesichts der demografischen Herausforderungen des absehbaren Knowhow-Verlustes in den Betrieben, der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsschichten aufgrund der Verweigerung beruflicher Erstausbildung und der Herausforderungen in der Qualität der beruflichen Erstausbildung, ist es unabdingbar sich dem Reformbedarf zu stellen. Ziel sollte es sein, dass die duale berufliche Ausbildung weiterhin ein wichtiger Faktor in den Bildungsverläufen der Facharbeiterschaft bleibt. Daher sprechen sich die Jusos Sachsen-Anhalt klar für das duale Ausbildungssystem aus und fordert alle zuständigen Gremien der SPD auf aktiv den hierfür benötigten Reformprozess mitzugestalten.

Dabei sollten folgende Leitlinien beachtet werden:

Erhaltung des Berufsprinzips

Dies beinhaltet, dass ein kompletter Ausbildungsvertrag über mindestens drei Jahre mit einem oder mehreren Unternehmen von Beginn an geschlossen wird, der vereinbart, dass alle notwendigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse der Beruflichkeit garantiert werden. Sie umfasst damit mehr, als nur das pure Ansammeln von Einzelfertigkeiten.

Keine Verankerung von einzelprüfbaren Modulen im Erstausbildungssystem

Der Atomisierung von Ausbildungsordnungen in Modulen ist entschieden zu begegnen. Um einem jungen Menschen eine qualifizierte Zukunftsperspektive zu sichern, ist es unerlässlich sich weiter für mind. dreijährige Ausbildungsordnungen einzusetzen, die eine Vielfalt an späteren Einsatzmöglichkeiten bieten, Planbarkeit in der Ausbildung für den Auszubildenden schaffen und Qualität in der Ausbildung sichern. Flexibilisierungen, wie die Wahlqualifikationen in den naturwissenschaftlichen Berufen, können dabei als sinnvolle Maßnahmen genutzt werden.

Die bereits durchgeführten Projekte im Rahmen von „Jobstarter Connect“ mit Ausbildungsbausteinen für Altbewerber sollten kritisch begleitet und evaluiert werden.

Verlängerung anstatt Verkürzung von Ausbildungszeiten für lernschwächere Auszubildende

Anstatt 2-jähriger Berufe sollen die Möglichkeiten einer Verlängerung der Ausbildungszeit bzw. die Streckung von Ausbildungsverläufen geprüft werden. Dies kann und sollte einhergehen mit einer intensiveren Betreuung der Auszubildenden. Des Weiteren sollte der Gebrauch von unternehmensinternem Stützunterricht – zum Auffangen der befürchteten Theorieprobleme – stärker propagiert werden.

Veränderung des berufsbezogenen Übergangssystems

Programme wie „Start in den Beruf“ machen es vor. Stark in die betrieblichen Abläufe eingebundene Maßnahmen sorgen für eine höhere Motivation der Beteiligten, weil sie theoretisches Wissen praxisnah erlernen und sich gleichzeitig in betrieblichen Abläufen und Strukturen bewegen.

Studienberechtigung nach Abschluss einer mindestens 3-jährigen Ausbildung

Eine abgeschlossene 3 jährige Ausbildung muss den Zugang zu einem fachbezogenen Hochschulstudium ermöglichen. Die Kompetenzen und Fertigkeiten, die in der Ausbildung erlernt werden, müssen dabei angerechnet werden können. Hierfür müssen die maßgebenden Stellen und die Universitäten gewonnen werden, ihre Curricula auf die Kompetenzen und Bedürfnisse dieser Absolventen eingehen und ggf. Anpassungen anbieten.

Stärkung der Lernorte

Der Lernort Betrieb bildet den Kern der dualen Ausbildung. Hier werden die praxisbezogenen Kompetenzen vermittelt und von den Auszubildenden erlernt. Gerade handlungs- und prozessorientierte Kompetenzen sind in einer modernen Arbeitswelt unabdingbar. Eine rein schulische Ausbildung kann dies nicht leisten. Daher muss die Bedeutung des Lernortes Betrieb gestärkt und insbesondere im Hinblick auf die europäischen Debatte besser kommuniziert werden.

Dabei ist zu betonen, dass nur im Zusammenspiel der Lernorte eine qualitativ hochwertige Ausbildung möglich ist. Die Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden gute Ausbildung leisten zu können. Dafür bedarf es mehr finanzieller Mittel, einheitlicher Länderregelungen, besserer Weiterbildungsbedingungen für Lehrer und stärkerer Kooperationen mit den Unternehmen.

Starke Verankerung in Europa

Das Duale Ausbildungssystem ist eine Minderheitenlösung in der beruflichen Erstausbildung innerhalb der Europäischen Union. Daher bedarf es des aktiven Beistands aller beteiligten Gremien sei es nun auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder staatlicher Seite, um eine systematische Unterbewertung der dualen Ausbildung im Europäischen Qualifikationsrahmen zu verhindern. Um das Ziel eines durchlässigen Bildungsraums zu realisieren, ist es aus Sicht der Jusos Sachsen-Anhalt unbedingt erforderlich, dass nicht der Lernort (z.B. Hochschule), sondern die Kompetenz des

Einzelnen über seine Einstufung im Qualifikationsrahmen entscheidet. Die einzelnen Stufen des Deutschen sowie des Europäischen Qualifikationsrahmens müssen deshalb zugangsoffen für jeden sein, der über die benötigten Kompetenzen verfügt.

Qualitative Verbesserung des Ausbildungspersonals

Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass Ausbilder und Ausbildungsbeauftragte turnusmäßig Fortbildungen durchlaufen können. Für diese Fortbildungen sind die Ausbilder bezahlt freizustellen und die Kosten sind durch die Unternehmen zu tragen. Für Berufsschullehrer müssen die Bedingungen der Weiterbildung verbessert werden und ein interessantes Weiterbildungsangebot muss ausgebaut werden.

C 2: Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsurlaub

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an AGS, Gewerkschaftsrat, FA Wirtschaft und AfB

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, über eine Novellierung des Bildungsfreistellungsgesetzes zu beraten mit dem Ziel, dass der Anspruch auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt von fünf auf zehn Tage jährlich ausgeweitet wird. Gleiches soll für Auszubildende und Studenten gelten, die einem Unternehmen länger als sechs Monate angehören.

C 3: Änderung des Gesetzes zur Leiharbeit

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt und die SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt werden aufgefordert sich für die Streichung des Nebensatzes „ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen“ in § 9 Abs. 2 AÜG zur Gleichbehandlung von Leiharbeitern einzusetzen.

C 4: Einführung eines Tariftreuegesetzes

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für den Erlass eines neuerlichen Tariftreuegesetzes in Sachsen-Anhalt einzusetzen. Dieses soll sicherstellen, dass nur noch die Unternehmen mit öffentlichen Aufträgen betraut werden, die die am Einsatzort geltenden Tariflöhne zahlen. Gleiches gilt für die möglicherweise von den Unternehmen eingesetzten Subunternehmen.

Lohndumping zu Lasten der ArbeitnehmerInnen zerstört tausende Arbeitsplätze insbesondere in mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Zukünftig muss

Tariftreue das Kriterium dafür sein, dass Unternehmen den Zuschlag für öffentliche Aufträge erhalten. Wir wollen keinen Wettbewerb um jeden Preis, sondern einen fairen Wettbewerb im Sinne der sozialen Marktwirtschaft.

D: Sozialpolitik

D 1: SPD gegen Elterngeld-Kürzungen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich gegen die geplante Kürzungen des Elterngeldes aus und strebt in Absprache und Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion eine Bundesratsinitiative zur Verhinderung der geplanten Kürzungen an, sobald diese von der Bundesregierung beschlossen worden sind.

D 2: Betreuungsschlüssel für Erzieher/innen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an LTF

Die SPD-Landtagsfraktion und das Sozialministerium Sachsen-Anhalt werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der Betreuungsschlüssel für Erzieher/innen in unseren Kindertageseinrichtungen in der Hinsicht überarbeitet wird, dass sich dieser nicht mehr nur an der Zahl der zu betreuenden Kinder orientiert, sondern am Förderbedarf der einzelnen Kinder. Dabei müssen alle weiteren Aufgaben und Tätigkeiten neben der Betreuung der Kinder ebenfalls berücksichtigt werden. Es sollte daher überlegt werden, dass die Bemessung der Arbeitszeit ähnlich wie bei den Lehrern in Vorbereitungszeit und Betreuungszeit gesplittet wird.

D 3: Studien zur Sprachstandsfeststellung

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD-Landtagsfraktion und das Sozialministerium Sachsen-Anhalt werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung eine Studie in Auftrag gibt, welche die Ergebnisse der ersten landesweiten Sprachstandsfeststellung in den Kindertagesstätten unseres Landes vergleicht und auswertet. Festgestellte Missstände sind durch den Gesetzgeber zeitnah zu beseitigen.

D 5: Nein zum Betreuungsgeld von Schwarz-Gelb, Ja zu mehr frühkindlicher Bildung

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass statt der geplanten Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter 36 Monaten das Geld in den Ausbau und die Qualitätsverbesserung bei der frühkindlichen Bildung gesteckt wird.

D 6: Kostenloses KiTa-Jahr

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme in geänderter Form

Die SPD-Landtagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Landesregierung langfristig das letzte Jahr vor der Einschulung für alle Kinder kostenlos gestaltet.

D 7: Armut und soziale Ausgrenzung wirksam bekämpfen!

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an FA Soziales

Die Jusos Sachsen-Anhalt beobachten mit großer Sorge, dass die Schere zwischen Arm und Reich zunehmend auseinander geht. Einkommen und Vermögen sind ebenso ungleich verteilt!

In Anbetracht des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung fordern wir Jusos, dass eine gründliche Analyse der sozialen Situation der Menschen in Sachsen-Anhalt, insbesondere aber der besonderen Lage der Kinder und Jugendlichen, die im Mittelpunkt unseres Interesses stehen, vorgenommen wird.

Mit großer Sorge beobachten wir die zunehmende Infantilisierung und Vererbung von Armut. Kinder und Jugendlichen bzw. junge Erwachsene sind in Deutschland und Europa am stärksten von Einkommensarmut betroffen. Dabei muss gerade ihre Integration im Hinblick auf Chancengleichheit, Bildung und individuelle Förderung sichergestellt werden. Die gesellschaftliche Komponente von Armut darf nicht unterschätzt werden.

Kinder sind die Zukunft unseres Landes, daher muss frühzeitig gegen Kinderarmut vorgegangen werden und in Zeiten der Krise verstärkt in Bildung investiert werden! Den Bundesländern kommt bei der Bekämpfung von Armut eine entscheidende Rolle zu. Nicht nur die Gesellschaft, sondern jeder/jede Einzelne gewinnen, wenn soziale Ausgrenzung und Armutsrisiken verringert werden.

Wir fordern die Landesregierung Sachsen-Anhalts daher auf, darüber zu berichten, welche (Risiko-) Gruppen aus der Sicht der Landesregierung besonders von Armut bedroht sind und welche Maßnahmen die Landesregierung aktuell ergreift, um den Menschen den Ausweg aus der Armut zu ermöglichen. Die bisher vorgenommenen Maßnahmen sollen einer Evaluation unterzogen und ggf. intensiviert werden.

D 8: Änderung Unterhaltsvorschussgesetz

Beschlussnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an FA Soziales, AsJ und SGK mit Bitte Lavo einen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten, damit ggf. eine Weiterleitung erfolgen kann.

Die Begrenzung der Unterhaltsvorschusszahlung auf maximal sechs Jahre bzw. bis höchstens zum vollendeten 12. Lebensjahr eines Kindes ist aufzuheben. Ebenfalls sind unterhaltsberechtigter Kinder in den Unterhaltsvorschuss einzubeziehen, wenn der Elternteil, bei dem das Kind lebt, heiratet.

E: Innen- und Rechtspolitik

E 1: Übernahme des Brandenburger Modells im Kampf gegen Rechtsextremismus

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an AG gegen Rechtsextremismus

Wir fordern von einer Landesregierung ab 2011 auf der Grundlage des Modells „Tolerantes Brandenburg“, das eigene Projekt „Hingucken und Einmischen“ im Sinne einer „Best Practice Analyse“ fortzuentwickeln und anzupassen. Ziel muss es sein, insbesondere die Jugendarbeit auf lokaler Ebene zu stärken und nachhaltig das Engagement für die Freiheitliche Demokratische Grundordnung und Toleranz zu fördern.

E 2: Verfassungstreue Schornsteinfeger

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme in geänderter Form und Weiterleitung an AsJ

SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion werden beauftragt in den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen bzw. in der noch laufenden parlamentarischen Arbeit darauf hinzuwirken, dass das Schornsteinfegerrecht so geändert wird, dass bei der Auswahl und Bestellung von Bezirksschornsteinfegern auch eine extremistische Betätigung außerhalb des Dienstes zur Ungeeignetheit des Schornsteinfegers führt.

E 4: Ausweitung des Landtagswahlrechts

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Wiedervorlage Lavo und LPR sowie Weiterleitung LPT 2011

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass das aktive Landtagswahlrecht in Sachsen-Anhalt auf alle Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet wird, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten ihren (Haupt-) Wohnsitz in Sachsen-Anhalt haben.

E 5: Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne gegen Homophobie

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass die Landesregierung eine Medien-Kampagne zur Aufklärung über und Sensibilisierung für das Thema Homosexualität entwickeln lässt und in einer Art Pilotprojekt in Sachsen-Anhalt umsetzt. Schule und Sport sollen dabei vor allem im Fokus stehen.

Diese Kampagne soll eine möglichst frühzeitige Akzeptanz, vor allem von Kindern und Jugendlichen, von Homosexualität als Bestandteil unserer Gesellschaft zum Ziel haben. Dafür sollen Kino- und TV-Spots sowie Anzeigen in Printmedien oder auf Werbetafeln, die insbesondere jüngere Generationen ansprechen, zum Einsatz kommen.

Eine Zusammenarbeit mit der Landesmedienanstalt, der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH, den Hochschulen sowie dem Mitteldeutschen Rundfunk und anderen Rundfunkmedien soll dabei – sofern möglich und geeignet – angestrebt werden. Eine Anlehnung an bereits bestehende Projekte ist wünschenswert.

Eine Ausdehnung des Projektes auf Bundesebene sollte bei einer erfolgreichen Umsetzung in Sachsen-Anhalt von der Landesregierung angestoßen werden.

E 7: Elektronischer Rechtsverkehr

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass auch bei den Gerichten ordentlicher Gerichtsbarkeit des Landes in allen Verfahrensarten für vorbereitende Schriftsätze und deren Anlagen, für Anträge und Erklärungen der sowie für Auskünfte, Aussagen, Gutachten und Erklärungen Dritter für die die Schriftform vorgesehen ist, die Aufzeichnung als elektronisches Dokument durch Rechtsverordnung gestattet wird.

E 9: Ausbildungsstopp in der Landesverwaltung aufzuheben

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Weiterleitung an LTF

Die AGS Sachsen-Anhalt fordert die Landesregierung auf, den Ausbildungsstopp in der Landesverwaltung sofort aufzuheben!

Die Folge davon wäre, dass Beschulungen in einigen Ausbildungsberufen nicht mehr im Bundesland Sachsen-Anhalt stattfinden können. Dies hätte für künftige Auszubildende die Konsequenz, dass hier unzumutbare Entfernungen zwischen Wohnort bzw. Ausbildungsstelle und Schulstandort entstehen. Künftige freie Ausbildungsplätze in der Privatwirtschaft wären dann nicht mehr attraktiv. Das in diesem Fall dem Land Sachsen-Anhalt oder den Ausbildungsbetrieben Kosten für eine Beschulung im Nachbarland auferlegt werden könnten ist nicht hinnehmbar.

E 10: Antrag zur Einleitung eines Verbotsverfahren gegen kriminelle Motorrad-Rockerbanden

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die Innenminister der Bundesländer werden aufgefordert, verstärkt gegen die Strukturen der Motorrad-Rockerbanden „Hells Angels“ und „Bandidos“ vorzugehen und flächendeckend die Einleitung von Verbotsverfahren gegenüber den Einzelgliederungen (Chapters) zu prüfen.

F: Städtebau-, Umwelt- und Verkehrspolitik

F 1: Schluss mit Prestigeprojekten bei der Deutschen Bahn AG – Investitionen in den Personennahverkehr fordern und fördern

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der Bund als Eigentümer der Deutschen Bahn AG, alle Einzelbauprojekte ab einem Investitionsvolumen von 10 Millionen Euro, auf Grundlage der Kriterien: Notwendigkeit des Projektes - im Sinne eines objektiven Nutzen- / Mehrwertgewinns, ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit, Leistungsfähigkeit, Funktionalität und Kostengünstigkeit zu prüfen und ausschließlich der kostengünstigsten Umsetzungsvariante die zur Erreichung des Ziels notwendig ist, zuzustimmen. Ziel soll es sein, sogenannte „Prestigeprojekte“, bei denen regelmäßig das Verhältnis der Kosten gegenüber des erreichenden objektiven Nutzen bzw. Mehrwert in einem ungünstigen Verhältnis stehen zu vermeiden. Die dadurch eingesparten Mittel sind insbesondere in die Stärkung des regionalen Personennahverkehrs, aber auch des Güterverkehrs und in die Instandsetzung bzw. Neuanschaffung von Schienenfahrzeugen, umzuschichten.

F 2: Stärkere Nutzung der Grünpfeilregelung

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Wir fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, darauf hinzuwirken, dass Punkt XI. der VwV zur StVO §37 Abs. 2 Nr. 1 wie folgt geändert wird:

Der erste Satz „Der Einsatz des Schildes mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund (Grünpfeil) kommt nur in Betracht, wenn der Rechtsabbieger Fußgänger- und Fahrzeugverkehr der freigegebenen Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen kann, um die ihm auferlegten Sorgfaltspflichten zu erfüllen.“ ist zu streichen und durch folgenden zu ersetzen:

„Das Schild mit grünem Pfeil auf schwarzem Grund (Grünpfeil) soll eingesetzt werden, wenn der Rechtsabbieger Fußgänger- und Fahrzeugverkehr der freigegebenen Verkehrsrichtungen ausreichend einsehen kann, um die ihm auferlegten Sorgfaltspflichten zu erfüllen.“

Die dann in Folge aufgezählten Einschränkungen, die die Bedingungen definieren, unter denen der Einsatz des Grünpfeils als gefährlich gilt, sollen erhalten bleiben.

F 3: Wiedereinrichtung einer unabhängigen Schlichtungsstelle Mobilität beim BMELV

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme und Weiterleitung an BTF

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine Wiedereinrichtung einer wirklich unabhängigen Schlichtungsstelle für den Bereich Mobilität einzusetzen, welche dann wieder beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz anzusiedeln ist. Diese Schlichtungsstelle ist paritätisch zu je einem Drittel mit Vertretern der Fahrgastverbände, der Verkehrsunternehmen und des Bundesministeriums zu besetzen. Die Verkehrsunternehmen sind weiterhin an der Finanzierung zu beteiligen.

F 4: Rufbussystem

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme in geänderter Form

Sachsen-Anhalt muss mittelfristig ein flächendeckendes, effektives ÖPNV-System (unter bedarfsgerechter Nutzung von Rufbussystemen) aufbauen, um den ländlichen Raum nicht abzuhängen.

F 5: Die Elbe als Wasserstraße

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme in geänderter Form

Wir wollen, dass die Elbe als Wasserstraße mit den ökologischen Anforderungen des Natur- und Gewässerschutzes in Einklang steht. Dabei hat sich die Binnenschifffahrt den spezifischen Bedingungen der Elbe weiterhin anzupassen. Wir wollen die Elbe mit ihren vielfältigen ökologisch wertvollen Schutzräumen erhalten und lehnen den Ausbau zur Anpassung an größere Schiffseinheiten konsequent ab. Wir werden dafür eintreten, dass die erforderlichen wasserbaulichen Unterhaltungsarbeiten zum Erhalt der Schiffbarkeit und für den Hochwasserschutz nach neusten ökologisch verträglichen Methoden erfolgen.

F 6: Zukunftsfähige Elbe

Beschlusnummer: LPT-2010-02-02

Beschluss (a.o. LPT): Annahme

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich ein für eine zukunftsfähige Elbe, deren Bedeutung für Ökologie und Tourismus zunehmend steigt. Aus diesem Grund ist auch auf den Bau des Saale-Seiten-Kanals zu verzichten.

F 7: Städtebaulichen Gestaltungsspielraum schaffen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt derart geändert wird, dass es den Kommunen wieder möglich ist, eigene Gestaltungssatzungen zu erlassen. Die entsprechende Änderung der Bauordnung aus dem Jahr 2005 ist dazu zurückzunehmen.

F 8: Keine europaweite Giftmüllentsorgung in Sachsen-Anhalt

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der vom Betreiber der Grube Angersdorf/Teutschenthal gestellte Antrag auf Genehmigung einer Einbringung von belastenden Stoffen aus Müllverbrennungsanlagen mit höchster Sorgfalt und Transparenz geprüft wird.

Die politischen Entscheidungsträger werden aufgefordert, in Zukunft folgende Grundsätze der Abfallentsorgung zu berücksichtigen:

1. Verhinderung falscher Deklaration (z.B. nominelle Umwandlung von Giftmüll in Versatz bzw. Baustoffe): Zur Verhinderung von Kosten sparenden Falschdeklarationen zu Gunsten der Müllentsorger und zu Lasten der öffentlichen Hand sind mehr Kontrollen notwendig.
2. Keine irreversible Einladung von umweltschädlichem Müll: Problematischer Gift- und Sondermüll muss ansonsten so entsorgt werden, dass er späteren Entgiftungs- bzw. besseren Entsorgungsmöglichkeiten weiterhin zugänglich bleibt.
3. Nachhaltige Müllentsorgung: Das Abfall- und Sondermüllentsorgungs-Konzept für Sachsen-Anhalt muss weiterentwickelt und öffentlich gemacht werden.

G: Organisationspolitik

G 2: Regeln für Antragskommissionen

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme in geänderter Form

Der SPD-Landesvorstand wird beauftragt, in den Geschäftsordnungen künftiger SPD-Landesparteitage klare Regeln für die Antragskommission vorzugeben.

G 4: Benennung einer/eines MdEP-SPD-Betreuerin/Betreuers für Sachsen-Anhalt

Beschlusnummer: Lavo-11-13-01

Beschluss (Lavo): Annahme

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Europaabgeordneten werden aufgefordert, in Absprache mit dem SPD-Landesvorstand Sachsen-Anhalt ein explizit für die thematische Betreuung Sachsen-Anhalts zuständiges MdEP zu benennen.

I: Innitiativanträge, 19.12.2010 Magdeburg

I 1: Für echte Mindestlöhne!

Beschlusnummer: LPT-2010-02-03

Beschluss (a.o. LPT): Annahme

Der SPD Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Ministerinnen und Minister auf, in Parlament und Kabinett darauf zu drängen, dass sich Sachsen-Anhalt umgehend der Bundesratsinitiative von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes anschließt.

I: Innitiativanträge, 09.10.2010 Dessau-Rosslau

I 1: Laufzeitverlängerungen stoppen – Forschung und Wirtschaft im Energieland Sachsen-Anhalt stärken!

Beschlusnummer: LPT-2010-01-01

Beschluss (LPT): Annahme in geänderter Form

Mit dem von der schwarz-gelben Bundesregierung Ende September vorgestellten Energiekonzept steht ein Verlierer fest: das Energieland Sachsen-Anhalt. Während die Energiekonzerne von den verlängerten Laufzeiten der Kernkraftwerke mit zusätzlichen Milliardengewinnen bis 2040 profitieren, geraten Arbeitsplätze im Bereich der Zukunftsenergien in Sachsen-Anhalt in ernsthafte Gefahr, nur weil der Bundesregierung die rückwärts gewandte Lobbypolitik wichtiger ist. Bei dem so von der Bundesregierung verschärften Verdrängungswettbewerb im Energiemarkt, werden die Marktanteile für Atomstrom über Jahrzehnte zementiert, wobei die Verlierer die erneuerbaren Energien, dezentrale Versorger und die heimische Braunkohle sein werden. Das Energiekonzept schadet der Wirtschaft im Energieland Sachsen-Anhalt nachhaltig. Das lassen wir nicht zu!

Deshalb fordern wir:

1. Den Stopp der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken zugunsten der Milliarden-Euro-Gewinne für Atomkonzerne bis 2040.
2. Mitspracherecht für das Land Sachsen-Anhalt bei der Novelle des Atomgesetzes. Hierzu fordern wir, dass sich Sachsen-Anhalt den Klageinitiativen anderer Länder für eine Zustimmungsbedürftigkeit im Bundesrat anschließt.
3. Den Ausbau Erneuerbarer Energie, statt des strahlenden Atommüll-Erbes der Stromkonzerne. Hierzu muss es eine maßvolle Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) geben. Sonderkürzungen der Vergütungen helfen niemanden!
4. Eine gezielte und unbürokratische Forschungsförderung im Bereich der Energie- und Rohstoffforschung um den Technologiestandort Sachsen-Anhalt weiter zu entwickeln.
5. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Suche nach einem atomaren Endlager ergebnisoffen und auf Alternativstandorte im Süden Deutschlands ausgeweitet zu forcieren, eine weitere Erhöhung der Menge des bisher aus der Produktion von Kernenergie entstandenen radioaktiven Abfalls durch eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke zu verhindern und die bisherigen Zwischenlager und kerntechnischen Anlagen soweit zu sichern, dass sie dem neuesten Stand von Forschung und Technik entsprechen.

I 3: Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung

Beschlusnummer: LPT-2010-01-02

Beschluss (LPT): Annahme

Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die Parameter des Sicherstellungsauftrages der Kassenärztlichen Vereinigungen im SGB V und der dazugehörigen Ausführungsbestimmungen dergestalt zu verändern, dass diese den aktuellen und künftigen demographischen Bevölkerungsentwicklungen Rechnung trägt.

Insbesondere ist die Zulassung daran zu knüpfen, dass die angemessene Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus dem entsprechenden Versorgungsgebiet sichergestellt ist.

I 4: Paritätische Finanzierung in der Krankenversicherung wiederherstellen

Beschlusnummer: LPT-2010-01-03

Beschluss (LPT): Annahme

Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Versicherten in der Krankenversicherung wiederherzustellen. Dazu ist der § 242 SGB V (kassenindividueller Zusatzbeitrag) ersatzlos zu streichen und die §§ 249 ff. SGB V entsprechend zu ändern.